## Nazis und Sozialdemokraten im Sächsischen Landtag gestellt

Bei Fortsetzung seiner Rede erklärte Genosse Renner zu den Nazis gewandt:

**Sie begründen ihren Auflösungsantrag selbst mit dem Kampf gegen die Papenregierung.** Wie dieser Kampf aussieht, beweist auch jene Justizkomödie, die unter Führung des Nazi-Reichstagspräsidenten Göring vor dem Staatsgerichtshof aufgeführt werden soll.

**Die Nazis sind also mit diesem Kampf dort gelandet, wo auch Severing und Braun landeten.**

**Die Sozialdemokraten erklären, das Parlament in Sachsen nicht aufzulösen, sondern in Hessen, die Nazis sagen, nein, nicht in Hessen, sondern in Sachsen.** Beiden geht es um die parlamentarischen Sitze.

**Weil die sozialdemokratischen Führer wissen, daß selbst ihre bisherigen Anhänger nicht hinter denen stehen werden, die im Parlament schöne Reden halten, sondern hinter denen, die entsprechend des Ernstes der Situation die außerparlamentarischen Kämpfe in Betrieben und Stempelstellen organisieren, weil sie bei Neuwahlen auch in Sachsen Arbeiterstimmen an die Kommunistische Partei verlieren würden, deshalb wenden sie sich gegen eine Auflösung des Landtages.**

Die Papenregierung und die Führer der Gewerkschaften sind sich über den „Ausweg aus der Krise" grundsätzlich einig. Beide **verlangen sie von der Arbeiterschaft: „Opfer".**

Wir Kommunisten weisen immer wieder darauf hin, es gibt **aus dem unrettbaren Verfinken in der furchtbarsten kapitalistischen Barbarei nur einen Ausweg,** den Weg des radikalen Umsturzes, die Beseitigung des Systems und die Erkämpfung des Sozialismus. Die Rolle der sozialdemokratischen Führer für die Erhaltung dieses Systems wird nicht zuletzt in den Führerbriefen des Industriellenverbandes charakterisiert, in denen es heißt, daß diese Führer die Grenzkräfte zur Erhaltung der „bürgerlichen Ordnung" sind.

**Wir sind die einzige Partei, die kämpfend vor die Arbeiterschaft tritt. Es geht nicht um die Auflösung des Parlamentes, es geht nicht um die Papensche Verfassungsreform, sondern um die Gestaltung der proletarischen Verfassung, um den Sozialismus.**

Nach einer Erklärung des deutschnationalen Siegert, daß erst die Verfassungsreform abgewartet werden solle, bevor zur Landtagsauflösung Stellung genommen wird, wird der Antrag **mit den Stimmen des Bürgertums und der Sozialdemokraten abgelehnt.**

## Wir fordern Unterstützung aller Hilfsbedürftigen

Genosse Herrmann begründet dann unseren Antrag für Winterhilfsmaßnahmen für die Erwerbslosen, Wohlfahrts- und Fürsorgeempfänger, Invaliden und Kleinrentner.

**In diesem Antrag verlangt die kommunistische Fraktion kostenlose Lieferung von Kohle für alle Unterstützungsberechtigten und kinderreichen Familien, kostenlose Lieferung von Kartoffeln und Winterkleidung, die Uebernahme der Licht- und Mietrechnungen durch die Gemeinden. Weiter fordern wir die unentgeltliche Lieferung von Mittagessen für alle Hilfsbedürftigen, die sofortige Einführung von Schulspeisungen und die sofortige Auszahlung der alten Unterstützungssätze bei Zahlung des Differenzbetrages bis zum vollen Fürsorgesatz zwischen der Krisen- und Erwerbslosenunterstützung.**

Der Genosse Herrmann wendet sich zunächst gegen die Demagogie der sozialdemokratischen Fraktion, die gleichfalls einen Antrag zur Winterhilfe gestellt hat. In Hunderten von sächsischen Gemeinden seien

**die sozialdemokratischen Kommunalfunktionäre die eifrigsten Einpeitscher der Papenverordnung,**

während im Landtag ihre Partei den Eindruck erwecken wolle, als wollte sie auch den Erwerbslosen helfen. Es ist so mit dem Antrag der SPD wie mit dem groß angelegten Sozialisierungsschwindel dieser Partei im Reichsmaßstabe. Nachdem sie 13 Jahre lang in allen Regierungen entscheidenden Einfluß hatten, aber nicht im entferntesten daran dachten, auch nur von Sozialismus zu reden, geschweige denn durchzuführen, versuchen sie die Massen der Arbeiterschaft mit diesem „Sozialisierungsprogramm" zu betrügen.

**Die Notlage der Erwerbslosen und aller Hilfsbedürftigen ist nicht nur in einzelnen sächsischen Gemeinden grenzenlos, sondern in allen Städten und Dörfern gleich katastrophal. Sie entspringt aus der ungeheuren Wirtschaftskrise des Kapitalismus, die auch nicht durch die Papenverordnung gelindert, im Gegenteil noch um vieles verschärft wird. Deshalb stellen wir diese Forderungen, dabei immer wieder betonend, daß von ihrer evtl. Annahme im Landtag die Lage der hunderttausenden Hilfsbedürftigen keineswegs gebessert, vielmehr im außerparlamentarischen Massenkampf erzwungen werden muß.**

In der Debatte beschäftigt sich Genosse Silbermann mit der zu diesem Punkt abgegebenen Regierungserklärung, in der der Innenminister zwar die Notlage breiterer Schichten anerkennt, aber auch gleichzeitig betont, daß die Regierung nicht helfen könne.

**Nach dem Schlußwort des Genossen Herrmann entspinnt sich eine kurze Geschäftsordnungsdebatte, weil der sozialdemokratische Präsident Weckel über einen nur allgemein gehaltenen Antrag der SPD zuerst abstimmen läßt, nach dessen Annahme über unsere Anträge nicht mehr abgestimmt wird. Genosse Renner stellt bei dieser Gelegenheit fest, daß Weckel entgegen den klaren Bestimmungen der Geschäftsordnung vor der Abstimmung über die konkreten Forderungen unserer Partei den SPD-Antrag zur Abstimmung stellte, um aus agitatorischen Gründen seiner Partei von der Notwendigkeit zu entbinden, sich gegen diese Forderungen zu wenden.**

## Wen mit den Papennotverordnungen

**Genosse Breitenborn nimmt zu dem kommunistischen Antrag auf Rückgängigmachung der Verordnungen der Papenregierung vom 4. und 5. September 1932 Stellung, wobei er mit allem Nachdruck auch bei dieser Gelegenheit noch einmal daran erinnerte, daß diese Regierung von jenem Hindenburg berufen wurde, der mit den Stimmen der Sozialdemokratie wieder auf den Präsidentenstuhl gekommen sei. Man müsse auch diese Papenverordnungen und ihr gesamtes Wirtschaftsprogramm vom Standpunkt der gemeinsamen Erklärungen aus betrachten, die sowohl von den offen hinter Papen stehenden Industriellen, als auch von den ADGB-Führern abgegeben wurden, und die gemeinsam davon sprechen, daß der „Tiefpunkt der Krise" überwunden sei. Die Zahlen über den auch heute noch anhaltenden Rückgang der Produktion aber beweisen das gerade Gegenteil.**

Was die Papenregierung heute durchführt, das haben die Nazis jahrelang propagiert, aber auch die Gewerkschaftsführer solidarisierten sich in wesentlichen Punkten mit den einzelnen Maßnahmen, und schließlich ist die Praxis der sozialdemokratischen Führer und Gewerkschaftsbürokraten draußen in den Betrieben der schlüssige Beweis dafür, daß sie auf seiten der faschistischen Bourgeoisie gegen die kämpfende Arbeiterschaft stehen.

**Die 500 erfolgreichen Streiks und Abwehrbewegungen die unter Führung der RGO stattfanden, haben die Gewerkschaftsführer durchweg als Gegner gesehen.**

**Dieser Weg der Streiks, das ist der Weg der roten Einheitsfront, der den Sieg der Arbeiterschaft in Antifaschistischer Aktion verbürgt.**

## Die unteren Beamten müssen mit der Arbeiterschaft kämpfen

**Einen Antrag der kommunistischen Fraktion, Anordnungen zu treffen, daß die Zahlung der Beamtengehälter für die unteren Beamten am Monatsersten zum vollen Gehaltssatz erfolgt, einige Hinausschiebungen der Gehaltszahlungen unbedingt zu unterlassen sind, begründet Genosse Siegel. Auf die Entwicklung des Gehaltsabbaues im Rahmen der bisherigen Notverordnungen hinweisend, betont Genosse Siegel, daß die durchschnittlichen Einkünfte der unteren Beamten bis zu 30 Prozent gesenkt worden sind. Für uns steht die Frage der Interessenvertretung der unteren Beamtenschaft ebenso wie die der Gesamtarbeiterschaft und wir betonen auch hier, daß sich die Beamtenschaft nicht auf Parlamentsbeschlüsse verlassen kann, sondern um die Wahrung ihrer Rechte gemeinsam mit der Industriearbeiterschaft und den Angestellten kämpfen muß.**

In der Diskussion zu den Notverordnungsanträgen nimmt Genosse Sindermann zur Rolle der Sozialdemokratie und der Nazis Stellung, dabei nochmals, auf eine Fülle von Material gestützt, ihre Rolle bei der Unterstützung der Papenpolitik nachweisend.

Während die Nazis im Sächsischen Landtag Opposition gegen Papen mimen, produzieren sich ihre Länderminister in den verschiedenen deutschen Staaten als die treuesten Systemknechte Papens, die nicht nur die Notverordnung durchführen, sondern darüber hinaus neue rigorose Steuerbelastungen bringen und die Löhne und Gehälter der Arbeiter und unteren Beamten herabdrücken.

Die sozialdemokratischen Führer stellen die Frage des Kampfes gegen die Papenregierung rein parlamentarisch und dokumentieren damit, abgesehen von ihrer grundsätzlichen Zustimmung zu wesentlichen Punkten des Wirtschaftsprogramms, daß sie erneut die Massen der Arbeiterschaft betrügen wollen, um ihre Kampfkraft für die Weimarer Klassenrepublik und damit für das System abzustumpfen. Das kommt auch bei der vermeintlichen Opposition gegen den Lohnabbau zum Ausdruck, wo die Gewerkschaftsführer vom Schlage Arndt nach dem Beispiel der Seipel und Co. die Arbeitsgerichtsbarkeit als den einzig gangbaren Weg empfehlen.

**Bei den Ereignissen vor dem Staatsgerichtshof zeigen sich durch die Erklärungen der sozialdemokratischen Parteiminister und ihrer Vertreter die engen Berührungspunkte zwischen Sozial- und Nationalfaschismus. Diese sozialdemokratischen Führer jammern nicht nur ob der Undankbarkeit, daß ihre 13jährige treue Dienstbarkeit so schlecht belohnt wird, sondern sie weisen der Papenregierung in ihren Erklärungen nach, daß sie den schärfsten Kampf gegen die Kommunisten führen. Gegen diesen National- und Sozialfaschismus organisieren wir die Massen zum außerparlamentarischen Kampf. Es geht weder heute noch am 6. November um die sogenannte zweite Weimarer Republik, sondern um das Massenbekenntnis der Arbeiterschaft für den proletarischen Ausweg aus Not und Elend, für ein sozialistisches Deutschland!**

Am Schluß der Tagesordnung begründet Genosse Herrmann noch einen kommunistischen Gesetzentwurf, durch dessen Annahme die Zusammenlegung der Gemeindewahlen mit den Reichstagswahlen ermöglicht werden soll. Die Abstimmung über die Anträge wird in der heutigen Sitzung vorgenommen.

# Streikerfolge unter RGO-Führung!

### Durch entschlossene Streikaktion sogar Lohnerhöhung erkämpft

**Düsseldorf, 19. Okt. (Eig. Drahtb.)**

**Unter Führung der RGO wurden im Hoeschenwerk der Dortmunder Union außer der restlichen Lohnzahlung vom 10. Oktober durch Arbeitsniederlegung 6 Prozent Lohnerhöhung erkämpft.**

**Im Walzwerk 4 der Dortmunder Union wurde unter Führung der RGO die Zurücknahme der Prämienkürzungen erreicht, außerdem die Gutschrift von 25 Tonnen pro Kopf und Tag erkämpft, was eine Lohnerhöhung von 50 Prozent ausmacht.**

**Im Hoesch-Werk, Dortmund, wurde der Lohnabbau unter Führung der RGO zurückgeschlagen. Der alte Lohn wird weitergezahlt. Die Neueingestellten bleiben im Betrieb.**

## Die Streikfront der Weserschiffer steht fest

**Minden, 19. Oktober (Eig. Drahtb.)**

Die Streikfront der Weserschiffer steht unerschüttert. In welch verzweifelter Lage sich die Unternehmer befinden, zeigt, daß sie jetzt die Nachricht verbreiten, sie hätten mit den Führern des Gesamtverbandes eine freie Vereinbarung abgeschlossen, daß Lohn- und Manteltarif bis 31. 3. 1933 verlängert werden.

Die Streikenden, die überall unter Führung der gewählten Kampfleitungen stehen, haben gestern abend in ihren Versammlungen begeistert beschlossen,

**daß die Abmachungen der Unternehmer mit der Gewerkschaftsbürokratie nicht beachtet werden.**

Kein Schiffer läßt sich von der Gewerkschaftsbürokratie betrügen. Maßgebend allein sind die selbst gewählten Kampfleitungen und nur deren Maßnahmen werden befolgt. Der Kampf geht verschärft weiter gegen jede Verschlechterung der Lohn- und Manteltarife, um Erhöhung der Entschädigungen der Schiffsjungen und Urlaubstage sowie um Anerkennung des roten Einheitsverbandes als Tarifkontrahenten.

## Neue Massenentlassungen im Sachsenwerk

**In der vergangenen Woche wurden im Sachsenwerk, Niederjedlitz, über 100 Arbeiter entlassen. Der Firma ist ein Teilstillegungsantrag genehmigt worden, der 200 Entlassungen vorsieht. Es ist deshalb mit weiteren Entlassungen zu rechnen. Bisher wurde der Neubau stillgelegt.**

Das ist die Praxis der kapitalistischen „Arbeitsbeschaffung" — in einem Betrieb werden 50 Arbeiter eingestellt und die Arbeitszeit verkürzt; in einem anderen Betrieb fliegen zur gleichen Zeit 200 Arbeiter auf Straßenpflaster. Die Belegschaft des Sachsenwerkes kann den fortwährenden Entlassungen nur dann Einhalt gebieten, wenn sie einheitlich und geschlossen den Kampf aufnimmt.

## Bonzen versuchen die Görnewitzer Streikfront zu spalten

**Görnewitz, 18. Oktober 1932**

**Der Streik in der Görnewitzer Steingutfabrik geht unvermindert weiter. Gestern hat der Fabrikarbeiterverbands-Angestellte Ullmann, Meißen, zusammen mit einigen sozialdemokratischen Betriebsräten mit der Betriebsleitung verhandelt. Die Firma hat jedes Zugeständnis abgelehnt.**

Heute vormittag, 10 Uhr, wurde an dem Betrieb ein Aushang der Betriebsleitung bekanntgegeben, in dem die Arbeiter aufgefordert werden, sich bis zum Donnerstag mittag in einer bei dem Portier ausliegenden Liste einzutragen um damit ihre Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit zum Ausdruck zu bringen. Alle Arbeiter, die sich nicht eintragen, würden fristlos entlassen. Die Streikenden lehnen es selbstverständlich entrüstet ab sich in die Streikbrecherlisten einzutragen und sind entschlossen, den Kampf bis zum Siege fortzusetzen.

Der Anschlag der Betriebsleitung ist zweifellos auf die Verhandlung des Bonzen mit der Betriebsleitung zurückzuführen.

**Der Verbandsbonze, der diese Verhandlung hinter dem Rücken der Belegschaft und entgegen dem Willen der Streikenden geführt hat, leistete damit dem Unternehmer Hilfsdienste.**

Die Firma legt die Verhandlungsbereitschaft des Verbandes und der SPD-Betriebsräte als eine Schwäche der streikenden Belegschaft aus und hofft einen Keil in die Kampffront treiben zu können. Doch die Belegschaft läßt sich weder von dem Anschlag der Unternehmer, noch von den Manövern der Gewerkschaftsbonzen beirren. Sie setzt ihren Kampf in geschlossener Front fort.

## Hilfsstellung der Bürokratie

**für die Firma Seidel & Naumann**

(Fortsetzung von Seite 1)

Heuchlerisch erklärte der SPD-Betriebsrat vor der Belegschaft:

„Mit diesem neuen Beschluß der Direktion hat man mir mein ganzes Konzept verdorben!" Später sagte er aber auch, daß es ihm bei einem Streik nicht ganz wohl zu Mute gewesen wäre. Teuber führte weiter aus, er nicht vor der Abstimmung der Belegschaft Stellung für oder gegen den Unternehmer nehmen wolle, aber

**die Belegschaft solle sich reiflich überlegen, was es heißt, Kampfmaßnahmen zu ergreifen, da ja die Direktion soweit entgegengekommen sei.**

Händel, der 2. Vorsitzende des DMV, stieg ebenfalls in die Diskussion ein und gab sich alle Mühe, die Belegschaft von jeder Kampfmaßnahme abzuhalten. „Komme es zum Streik, dann müsse zwar die Unterstützung für die Streikenden gezahlt werden, aber sie sollten sich keine Illusionen machen. Die Kämpfe, die die RGO bisher geführt habe, seien „schmählich zusammengebrochen" und „nur unter Führung der Gewerkschaften könne der Kampf siegreich sein".

Von der Opposition sprachen zwei Vertreter. Dann folgte die Abstimmung über den Lohnabbau. Sie ergab

**692 Stimmen gegen den Lohnabbau**
**558 Stimmen dafür und**
**28 ungültige Stimmen.**

**Daraufhin wurde über eine von der Opposition eingebrachte Resolution, die Kampfmaßnahmen gegen Lohnraub, Maßregelungen und Entlassungen enthielt, nicht abgestimmt mit der Begründung, daß die Abstimmung vorüber sei und das Ergebnis feststehe. Da keine Zweidrittelmehrheit gegen den Lohnabbau zustande gekommen sei, könne ein Streik nicht durchgeführt werden.**

Das teilweise Zurückweichen der Betriebsleitung, das nur erfolgte, weil ihr bekannt war, welche Empörung in der Belegschaft über den Lohnabbauversuch hervorgerufen wurde, bewies wie sehr die Unternehmer den Streik fürchten. Doch die Belegschaft muß erkennen, daß der Lohnabbau für die 31. und 32. Stunde praktisch bedeutet, daß die Firma jetzt den geplanten Lohnabbau in Etappen durchzuführen versucht. Das Verhalten der SPD-Betriebsräte und DMV-Bürokraten beweist, daß sie bei jedem neuen Vorstoß ebenfalls wieder gegen einen Streik Stellung nehmen werden.

Daß eine so große Zahl von über 500 Kollegen ihre Zustimmung zu einem Lohnabbau gibt, zeigt, wie stark der verderbliche Einfluß der Gewerkschaftsbürokraten in dieser Belegschaft noch ist. Die innergewerkschaftliche Arbeit der RGO muß bedeutend verstärkt werden, weil der notwendige Kampf gegen den Lohnraub nur dann siegreich geführt werden kann, wenn sie auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit fest in die rote Einheitsfront einreihen. Mit dieser Abstimmung, die schon jetzt eine Mehrheit für den Kampf ergeben hat, ist die Bewegung bei Seidel und Naumann noch nicht beendet. Im Gegenteil, die Belegschaft muß ihre Kampfmobilisation verstärken und ebenfalls der Losung folgen: Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau!

## Drei Jahre Zuchthaus für KPD-Abgeordneten

**Königsberg 18. Okt. (Eig. Drahtb.)**

**Das Sondergericht verurteilte nach 12stündigen Verhandlungen den Reichstagsabgeordneten Paulin zu drei Jahren Zuchthaus. 27 mitangeklagte Arbeiter wurden zu Gefängnisstrafen von 6 bis 3 Monaten verurteilt. Den Verurteilten wird vorgeworfen, daß sie am 15. September bei einer Exmission eines Arbeitslosen Widerstand gegen die Polizei und Landjäger**

# Naziüberfall auf Reichsbannerarbeiter

## 50 auf 12!

**Düsseldorf, 19. Oktober 1932 (Eig. Drahtbericht).**

**Heute verteilten in der Nähe des Zeitungs-Verlags-Hauses 12 Reichsbannerarbeiter Flugblätter, 50 Nazis überfielen die Flugblattverteiler und gaben Schüsse ab. Ein Reichsbannerarbeiter wurde lebensgefährlich durch Bauchschuß verletzt.**

## Nazi-Fememord festgestellt

**Ein neues schweres Verbrechen der Nazis ist jetzt bekannt geworden. Vor einigen Tagen wurde in der Nähe von Berlin bei Belten, der Kutscher Boremski mit tödlichen Schußverletzungen aufgefunden. Er starb im Krankenhaus. Jetzt wurde festgestellt, daß der Kutscher von dem Nazimann Weichel aus Neuruppin niedergeschossen wurde.**